

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 Mk., bei Selbstabholung 4.25 Mk.
Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mk., für 1 Monat 5.— Mk.
(Postgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg.)
Postcheckkonto Nr. 53 477. Postcheckkonto Nr. 58 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18008.

Inseratenpreise:
Die 7gespaltene Kolonelle 1.65 Mk. — Die 7gespaltene Kolonelle mit Plagvorschritt 1.85 Mk. — Die 7gespaltene Kolonelle Familiennachrichten 1.40 Mk. Die Melame-Kolonelle 0.25 Mk.
Schluß der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Die geschlossene bürgerliche Reaktion.

Die Nationalversammlung lehnt die gesetzliche Anerkennung der Maifeier ab.

Die Herausforderung!

Die Nationalversammlung hat vor ihrem Ende noch eine Tat vollbracht, die ihren reaktionären Charakter in schärfster Weise ausbeutet. Sie hat die Forderung der beiden sozialdemokratischen Parteien, den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag zu machen, abgelehnt.

Die Koalitionsparteien, Zentrum und Demokraten, die mit den Rechtssozialisten in der Regierung sitzen, haben ihren Verbündeten einen Fußtritt gegeben. Sie haben lieber mit den Gegnern der Republik, mit den Kappisten-Parteien, gestimmt, als daß sie der Arbeiterschaft eine billige Konzession gemacht hätten.

Der ganze Haß der Bourgeoisie gegen das aufstrebende Proletariat, der Klassen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, der in der demokratischen Republik noch auszulämpfen, kommt in dieser bewußten Herausforderung der Arbeiterschaft durch die bürgerlichen Parteien zum Ausdruck.

Die Antwort der Arbeiterschaft kann nur eine sein:

Wichtigste Feiertag des 1. Mai!

Partei- und Gewerkschaftsgenossen, Hand- und Kopfarbeiter Leipzigs!

Die Nationalversammlung, die Interessenvertretung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, hat die Anträge der Arbeitervertreter, den 1. Mai als allgemeinen gesetzlichen Feiertag zu erklären, abgelehnt. Das deutsche Proletariat muß sich nicht nur die Kräfte daran setzen, seine Maifeier in diesem Jahre zu einer besonders wirkungsvollen und würdigen zu gestalten. Nachdruck muß die deutsche Arbeiterschaft am 1. Mai ihren festen Willen bekunden, daß sie an dem Maigedanken unerschütterlich festhält, daß sie bereit ist, alle Kräfte anzuspinnen, um ihre Forderungen durchzusetzen, daß sie nicht ruhen wird, bis ihr Ziel, der Sozialismus, erkämpft ist.

Die wirkungsvollste Demonstration für dieses Ziel ist die

allgemeine Arbeitsruhe.

Deshalb, Arbeiter und Arbeiterinnen, agitiert in allen Betrieben, Werkstätten und Bureaus für die Arbeitsruhe am 1. Mai.

Heraus aus den Betrieben!

muß die Forderung aller Arbeiter und Angestellten für den 1. Mai sein.

Der 1. Mai als Landesfeiertag.

Aus Karlsruhe wird amtlich gemeldet, daß durch eine Verordnung des Staatsministeriums vom April 1919 der 1. Mai in Baden dauernd in die Reihe der allgemeinen Feiertage aufgenommen worden ist. Es bleiben somit auch am 1. Mai d. J. die Räume sämtlicher Behörden und die Schulen geschlossen.

Ebenso hat auch der Ägyptische Vandalen beschlossen, daß der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag zu gelten hat.

Nach einer Meldung aus Brüssel hat der belgische Justizminister entschieden, daß von jetzt ab der 1. Mai als Fest der Arbeit zu betrachten ist, und daß das von seinem Ministerium abhängende Personal zu feiern hat.

Die kappistischen Verschwörer im Reichswehrministerium.

Berlin, 28. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Freiheit hatte die Vermutung ausgesprochen, daß die phantastische „Entscheidung“ der Deutschen Zeitung über einen angeblich bevorstehenden Komunistenputsch dem Vize-Staatskommissar Weismann angegangen wäre. Dazu teilt jetzt Staatskommissar Weismann der Freiheit mit, daß er zu den Veröffentlichungen in keinerlei Beziehung stehe. Er habe den von der Deutschen Zeitung veröffentlichten Geheimbericht eines Agenten erst erhalten, nachdem er bereits sechs Stunden vorher in der Deutschen Zeitung erschienen gewesen wäre. Der Geheimbericht sei

an einen Geheimrat im Polizeipräsidium gerichtet gewesen. Dieser habe ihn entgegen seinen Anweisungen und Disziplinwidrig dem Reichswehrministerium mitgeteilt. Erst von dort sei der Bericht an den Staatskommissar gelangt. Da er inzwischen bereits veröffentlicht gewesen sei, so könne er nur aus dem Reichswehrministerium in die Deutsche Zeitung gelangt sein.

Anknüpfend an diese Mitteilung schreibt die Freiheit: „Die hier festgestellte Tatsache weist mit besonderer Deutlichkeit die verbrecherische Zusammenarbeit des Reichswehrministeriums mit der Kappisten-Elite und ihren literarischen Bravos in der deutschnationalen Presse auf. Was wir immer behauptet haben, bestätigt sich auch in diesem Falle: Im Reichswehrministerium lausen die Räder der militärischen Verschwörung zusammen, von hier aus wird das Gift der Verleumdung und Verleugnung durch allerhand dunkle Kanäle in die Öffentlichkeit hinausgetragen, von hier aus wird jene Stimmung vorbereitet, die die verbrecherischen Aktionen gegen das Volk und neue blutige Morden erst möglich macht.“

Doch darauf allein beschränkt sich die vorbereitende Arbeit der gegenrevolutionären Drahtzieher nicht. Von Tag zu Tag wehren sich die Beweise, daß die Kappisten-Elite enge Beziehungen mit Arbeiterkreisen sucht, um mit Hilfe von Witzküssen und bezahlten Agenten die Arbeiterschaft zu putschistischen Aktionen zu veranlassen. Die militärischen Verschwörer haben darin ja schon einige Erfahrung... Freiwillige und unfreiwillige Agenten dieser Verschwörer drängen sich an die Arbeiterschaft heran, um sie zu irgendwelchen „Aktionen“ zu veranlassen. Sie nutzen die Stimmung der Arbeiter, die über die Freibereien der Koalitionäre erbittert sind, aus, um ihnen nahezuweisen, daß sie nur gemeinsam mit den „revolutionären“ Offizieren, nur durch Vorbereitung bewaffneter Aktionen, der Reaktion Herr werden könnten. Sie bemühen sich darauf, daß ja auch Lenin und Trotski die Mitarbeit der alten zaristischen Generale und Offiziere gebraucht hätten, um ihre Feinde niederzurufen und die „Diktatur des Proletariats“ auszurufen. Dasselbe Ziel verfolgen angeblich auch die neugeborenen Fremde der Diktatur des Proletariats aus den Reihen der gegenrevolutionären Offizierselite, und leider finden sie hier und da Gehör bei jenen „nationalsozialistischen“ Witzküssen, Abenteurern und Phantasten, die neuerdings die Arbeiterschaft unglücklich zu machen suchen.“

Die Freiheit warnt aufs dringendste vor den Einfüllungen derartiger zweifelhafter Elemente. Die Situation sei ernst, als sie gemeinsam angenommen werde. Sie erfordere äußerste Wachsamkeit und Disziplin in den Reihen der Arbeiterschaft.

Vorläufig keine Räumung Frankfurts?

Paris, 27. April. Die Daily Mail meldet aus San Remo: Die Konferenz hat entschieden, daß die französischen Truppen solange Frankfurt besetzt halten, bis Deutschland die Entwaffnungsbestimmungen ausgeführt und die 12 000 Geschütze abgeliefert hat, die es entgegen dem Friedensvertrage noch besitzt.

Nach einer Meldung des New York Herald hat der Oberste Rat gestern beschlossen, der deutschen Regierung alle nötigen Beweise für die Aburteilung der Kriegsverbrechen beschuldigten zu übermitteln.

Der Populäre bezeichnet die Einladung des deutschen Reichskanzlers zum 25. Mai nach Spa als Beginn der Revision des Friedensvertrages.

Milnerand über die Wiedergutmachung.

Paris, 27. April. (E.-U.) Milnerand erklärte Journalisten gegenüber, die Festsetzung einer Pauschalsumme für die von Deutschland zu leistende Wiedergutmachung erfolge aus praktischen Erwägungen heraus, weil es für beide Teile vorteilhafter ist. Trotzdem die Abschätzung für Frankreich schwieriger als für die anderen Alliierten sei, habe Frankreich ein Interesse daran, über die von Deutschland endgültig zu erhaltende Wiedergutmachung in Kenntnis gesetzt zu werden. Die endgültige Festsetzung der Schuld Deutschlands würde vielleicht mit einer Herabsetzung der französischen Forderungen einhergehen. Aber was Deutschland zu leisten vermag, müsse es zahlen.

Fortsetzung des elsass-lothringischen Streiks.

Straßburg, 27. April. Dem Streikabruhsbeschl in Elsass-Lothringen wurde gestern von der Mehrheit der Arbeiter noch keine Folge geleistet. — Wie aus einem im Oberelsaß verbreiteten Flugblatt hervorgeht, ist die Ursache des Wiederaufstehens des Generalsstreiks in Elsass-Lothringen in einer vom Anstaltsinspektoren in Mühlhausen angeordneten Auslieferung der Arbeiter der Textil- und Metallindustrie im Oberelsaß auf unbestimmte Zeit zu suchen. Sie erfolgte entgegen den am letzten Sonntag in Paris zum Abschluß gebrachten Einigungsverhandlungen.

Die Koalitionsregierung und das Vertrauen des Auslandes.

W. O. Der Herr Minister des Auswärtigen hat sich kürzlich in einem Interview berufen gefühlt, auch nach seinen Kräften die Wahlpropaganda für die Koalitionsregierung mit außenpolitischen Argumenten zu betreiben. Er hat, um die Wähler von der Opposition abzuführen, behauptet, daß nur eine Koalitionsregierung nach dem jetzt bestehenden bewährten Muster sich die Anerkennung und das Vertrauen der Entente erringen würde. Diese Wahllosel ist wohl lediglich darauf zurückzuführen, daß der Herr Außenminister erst so wenige Tage in seinem Amte war, daß er sich noch kein Urteil über die Leistungen bilden konnte, die die Koalitionsregierung auf dem Gebiete des Vertrauens des Auslandes zu erwerben, bisher vollbracht hat. Es muß ihm deshalb in aller Deutlichkeit einmal gesagt werden, daß man weder im deutschen Volke noch im Auslande von solchen Erfolgen der deutschen Regierung auch nur das geringste bemerkt hat. Im Gegenteil, diese Koalitionsregierung hat es auf das Trefflichste verstanden, mit einer Geschicklichkeit und Fähigkeit, die ihresgleichen sucht, alles zu tun, um eine Revision des Friedensvertrages unmöglich zu machen. Abgesehen von der Betonung ihres guten Willens zur Erfüllung des Friedensvertrages hat sie bisher noch nichts getan, um sich in dieser Beziehung das Vertrauen unserer Vertragskontrahenten zu erwerben. Während sie versichert, daß sie bereit ist, den Friedensvertrag zu erfüllen, erklärt sie von jedem einzelnen Paragraphen, daß er unerfüllbar ist. Die Kohlenlieferungen können nicht geleistet werden. Die finanzielle Entschädigungssumme lehnt man schon ab, ehe man ihre Höhe kennt. Die Ablieferung der Schiffe ist unmöglich. Zu den Wiedergutmachungen fehlt uns jede Krone. Das ist der Geist, mit dem man an den Friedensvertrag herantritt und sich den Signatarmächten gegenüberstellt. Daß eine solche Haltung statt Vertrauen nur Mißtrauen wecken muß, ist ohne weiteres klar. Dies Mißtrauen aber wird bestärkt durch das Verhalten der Regierung in der Frage der Abrüstung. Immer wieder haben die unabhängigen Sozialdemokraten darauf hingewiesen, daß die Errichtung der Einwohnerwehren in Widerspruch mit den Bestimmungen des Friedensvertrages stehen, daß sie eine Verletzung der Artikel 164—172 des Friedensvertrages darstellen. Es war für jeden, der sehen wollte, klar, daß das Ausland mit größtem Mißtrauen diesem Versuch der Umgehung jener Paragraphen begegnen mußte. Der Verdacht, daß hier die Vorbereitung eines Revanchepotes begann, lag unabweisbar auf der Hand. Es ist ja auch gar nicht zu leugnen, daß viele unverantwortliche Elemente, ja, vielleicht im Unbewußten auch verantwortliche Stellen mit diesem Gedanken gespielt haben und noch spielen. Der Regierung hat diese Politik den Erfolg eingetragen, daß die Entente nunmehr endgültig die Auflösung der Einwohnerwehren gefordert hat. Gelernt hat man daraus offenbar nichts, denn man versucht von neuem, die militaristische Organisation wieder aufzubauen und zu stärken. Die Note der deutschen Regierung an die Entente, in der sie die Erlaubnis für die Beibehaltung einer Armee von 200 000 Mann nachsucht, ist vom Geiste Ludendorffs diktiert. Wer soll der Regierung die Lächerlichkeit glauben, daß sie schwere Artillerie, Fliegerabteilungen und Eisenbahnkompanien zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Lande braucht? Es ist selbstverständlich, daß solche Noten das Mißtrauen der Signatarmächte in den guten Willen der Regierung zur Erfüllung des Friedensvertrages stärken müssen. Diese Koalitionsregierung selber leistet den Chauvinisten Englands und Frankreichs die besten Dienste, indem sie immer neue Vorwände für chauvinistische Heße und neue Zwangsmaßnahmen liefert. Die Nichtinhaltung der Verträge über die neutrale Zone und die dadurch ausgeübten Wirkungen sind ein Schulbeispiel dafür. Zu diesen offensichtlichsten Verbrechen der Umgehung des Friedensvertrages gesellen sich die geheimen. Nach den §§ 168 und 169 des Friedensvertrages hat Deutschland alle Tanks und Panzerzüge und ähnliches Kriegsgeschütz abzuliefern. Trotzdem befinden sich heute noch Panzerzüge und eine große Zahl Tanks in den Händen der deutschen Militärs. Die Auslieferung der Waffen, die in ihrer Menge weit die nach Art. 69 zugelassenen Waffen und Munitionsbestände übersteigen, ist nicht durchgeführt. Auf Schritt und Tritt bemüht man sich, die interalliierten Kontrollkommissionen zu unterbinden, und